

Für ein vielfältiges Schulsystem in Nordrhein-Westfalen

1. Grundsätze

In der modernen Wissensgesellschaft entscheidet Bildung mehr denn je über individuelle Lebenschancen. Bildung ist ein Bürgerrecht. Die FDP tritt daher für faire Bildungschancen und ein im Alltag leistungsfähiges Bildungssystem ein. Wir wollen unseren Kindern und Jugendlichen die Werte unserer Gesellschaft, Demokratie, Lebenstüchtigkeit im Alltag, Leistungsbereitschaft, Qualifikationen für ihr Berufsleben und den selbstbestimmten Umgang mit Medien und kulturellen Gütern vermitteln. Unser Anspruch ist, dass alle Kinder und Jugendliche die Möglichkeit haben, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft ihre Talente zu entfalten und für sich und unsere Gesellschaft optimal zu nutzen.

Wir arbeiten für die Eltern, die ein im Alltag verlässliches und qualitativ hochwertiges Bildungssystem erwarten, das ihren Kindern vielfältige Aufstiegs Optionen für die Zukunft eröffnet. Weil jedes Kind anders ist und unterschiedliche Talente hat, wird unsere Bildungspolitik von den Prinzipien der Wahlfreiheit, Individualität und Qualität geprägt.

Die FDP steht an der Seite der Lehrerinnen und Lehrer, die für ihre Aufgabe, Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zu fordern und zu fördern eine bessere gesellschaftliche Wertschätzung verdient haben.

Die FDP unterstützt unsere Kommunen dabei, in Zeiten des demographischen und gesellschaftlichen Wandels leistungsfähige regionale Bildungslandschaften zu entwickeln.

2. Die Regionale Mittelschule

Die FDP hat mit ihrem Vorschlag zur Einführung einer neuen Schulform mit dem Arbeitstitel „Regionale Mittelschule“ einen pragmatischen Vorschlag gemacht, der dort, wo es aufgrund von rückläufigen Schülerzahlen oder einem veränderten Elternwillen gewünscht wird, eine organisatorische und pädagogische Zusammenführung von Hauptschulen, Realschulen und Gesamtschulen ermöglicht. Voraussetzung für die Gründung dieser Schulform ist die gemeinsame Entscheidung von Schule und Schulträger.

Das Modell der Regionalen Mittelschule als einer Schule der Sekundarstufe I (Klassen 5 bis 10) setzt auf eine starke Berufsorientierung und hohen Praxisbezug, eröffnet jedoch durch fakultative Aufbaukurse und Zusammenarbeit mit (berufs-)gymnasialen Oberstufen auch die Perspektive des Abiturs. Die Regionale Mittelschule ermöglicht alle Abschlüsse der Sekundarstufe I, die in landeseinheitlichen Abschlussprüfungen erworben werden. In der Regionalen Mittelschule können bewährte äußerlich differenzierte Bildungsgänge durch Elemente integrierten Unterrichts ergänzt werden. Über das pädagogische Konzept entscheidet die Schule unter Beratung der Schulaufsicht und mit Zustimmung des Schulträgers bei klar festgelegten Qualitätsstandards.

Mit diesem Vorschlag aus dem Jahr 2008 hat die FDP viel Zustimmung bei Betroffenen (Lehrerinnen und Lehrern, Eltern, Schülerinnen und Schüler) erhalten, da er eine behutsame Weiterentwicklung der nordrhein-westfälischen Schullandschaft vorschlägt, ohne heute erfolgreiche und konstant nachgefragte Schulen in Frage zu stellen. Knappe Ressourcen werden nicht in einem Totalumbau des Schulsystems vergeudet, sondern für die qualitative Fortentwicklung unserer Schulen verwendet. Ideologiedebatten um die strukturelle Organisation des Unterrichts werden überwunden und die organisatorische und pädagogische Gestaltung den Schulen übertragen.

3. Für einen Schulkonsens der Vielfalt und individuellen Förderung

Die FDP hat stets betont, dass sie eine Ideologisierung der Schulpolitik ablehnt. Die FDP will weder die Zementierung des dreigliedrigen Schulsystems, wie es die CDU noch bis vor wenigen Monaten dogmatisch vertreten hat, noch eine einseitige Hinwendung zu einem integrierten System.

Lehrer, Eltern und Schüler sind zum überwiegenden Teil der mit den ideologischen Auseinandersetzungen einhergehenden Schulstrukturdebatten überdrüssig. Auch die FDP will, dass endlich der Fokus der Schulpolitik auf die Qualität des Unterrichts, auf Lerninhalte, Lehrerqualifikation, Methoden und moderne Ausstattung gelegt wird.

Insofern ist ein Konsens über die Schulstruktur in NRW aus Sicht der FDP weiterhin grundsätzlich wünschenswert. Doch darf ein solcher Konsens kein Selbstzweck sein.

So ist der Gesetzentwurf zur Veränderung des Schulgesetzes nicht auf eine wirklich ideologiefreie Weiterentwicklung des Schulsystems und einen gleichberechtigten Wettbewerb von differenzierten und integrierten Bildungsgängen angelegt, sondern privilegiert eindeutig eine integrative Schulform.

Die im Gesetzentwurf vorgesehene Ausgestaltung einer Sekundarschule gibt nicht die nötige Antwort auf die Probleme der Hauptschulen in NRW. Während das Eckpunktepapier noch Raum für Interpretationen ließ, entspricht der nun vorgelegte Gesetzentwurf fast vollständig der rot-grünen Gemeinschaftsschule und unterscheidet sich daher klar von unserem Modell:

- Das pädagogische Konzept sieht für die Klassen 5 und 6 einen verpflichtenden vollintegrierten Unterricht vor, unabhängig davon, ob das von Eltern, Lehrern und Schüler gewünscht wird.
- Über das pädagogische Konzept der Klassen 7 bis 10 sollen die Schulträger allein entscheiden. Das bedeutet, dass zukünftig allein Kommunalpolitiker entscheiden, ob Schüler auch in den Klassen 7 bis 10 vollintegriert, teilintegriert oder differenziert unterrichtet werden sollen. Die FDP lehnt es aber ab, den Streit über differenziertes oder integriertes Lernen in die kommunalen Räte zu delegieren. Die FDP ist der Meinung, dass weder Landes- noch Kommunalpolitiker allein über pädagogische Konzepte entscheiden sollen, sondern diese Kompetenz in erster Linie bei den Schulen liegen muss. Sie sollen selbst bestimmen, ob und in welchem Umfang Elemente integrierter Unterrichtsformen die differenzierten Bildungsgänge ergänzen.
- Der Gesetzentwurf sieht eine Verpflichtung zu gymnasialen Standards in allen Organisationsformen der Sekundarschule vor. Das bedeutet, dass Haupt- und Realschulen, die sich zu einer Sekundarschule verbinden, zum Angebot von Gymnasialunterricht gezwungen werden. Dies lehnt die FDP entschieden ab. Gerade lernschwächere Kinder bedürfen besonderer individueller Förderung. Die FDP hält es für unverantwortlich, diese Kinder zwanghaft zu „gymnasialisieren“ und damit zu überfordern, zumal dafür kein entsprechend ausgebildetes Lehrpersonal zur Verfügung steht. Stattdessen will die FDP mit fakultativen Unterrichtsangeboten für leistungsstärkere Schüler die Option auf einen Gymnasialabschluss offen halten.
- Die FDP lehnt es ab, die neue Schulform durch ihre Ausstattung (Klassenstärke, Lehrerwochenstunden) zu privilegieren. Wir sehen im Gegenteil eine ungerechtfertigte Benachteiligung bereits heute erfolgreich arbeitender Schulen.
- Aus den gleichen Gründen lehnt die FDP die vereinfachte Gründung von Gesamtschulen ab. Eine ideologiefreie Schulpolitik verzichtet auf die Bevorteilung integrativer Schulmodelle zu Lasten differenzierter Modelle.

Um zu einem fairen Neben- und Miteinander von differenzierten und integrativen Schulformen zu kommen und einen unideologischen Schulkonsens zu ermöglichen, fordert die FDP:

- a) Das pädagogische Konzept der neuen Schulform - insbesondere die Ergänzung differenzierter Bildungsgänge durch Elemente des integrierten Unterrichts - wird von der Schule unter Beratung der Schulaufsicht erarbeitet und beschlossen. Es bedarf lediglich der Zustimmung des Schulträgers.
- b) Auf die obligatorische Einführung von gymnasialen Standards wird verzichtet.
- c) Die neue Schulform wird in ihrer Ausstattung nicht privilegiert. Demographiegewinne bei den Lehrerstellen sollen allen Schulformen zu Gute kommen.
- d) Die vorausgesetzten Anmeldezahlen zur Gründung einer Gesamtschule werden nicht reduziert.

Nur bei Durchsetzung dieser Änderungen wäre ein ernsthafter, tragfähiger und dauerhafter Schulkonsens unter den demokratischen Parteien im Landtag Nordrhein-Westfalens möglich. In der bisherigen Form bleibt der Gesetzentwurf lediglich eine Übereinkunft von drei Parteien zur Stärkung integrativer Bildungsgänge.

Die Umsetzung des Gesetzes bietet der rot-grünen Landesregierung erheblichen Spielraum, durch Verwaltungshandeln ihr ursprüngliches Ziel eines vollintegrativen Schulsystems weiter zu verfolgen. Ein nachträgliches Nachsteuern zu Gunsten politisch favorisierter Schulmodelle der Landesregierung wären ein tiefer Vertrauensbruch und ein Schaden für die politische Kultur in NRW.